

Merzens Flugkünste

Zu: „CDU-Chef stimmt auf ‚Wohlstandsverlust‘ ein“, FR-Politik v. 27.7.

Dass ausgerechnet Herr Merz den Wohlstandsverlust mit Frieden und Freiheit aufwiegt, ist an Zynismus nicht zu überbieten. Ehrlich wäre zu sagen, dass große Teile der Bevölkerung diesen Verlust deutlich spüren werden und er mitnichten daran denkt, eine sozial ausgewogene Politik in Angriff zu nehmen, sprich höhere Besteuerung hoher Einkommen, Entlastung des unteren Mittelstands, Erbschaftsteuer, Steuern im betreffenden Land zahlen. Stattdessen führt er uns seine Künste als Pilot vor. Ich hoffe, dass die Menschen auf einen solch aufgeblasenen „alten, weißen Mann“ bei den nächsten Wahlen pfeifen.

Barbara Neurohr, Saarbrücken

Auf dem Flohmarkt für gebrauchte Privatflugzeuge

Friedrich Merz sieht einen Wohlstandsverlust auf die Deutschen zukommen. Wird sogar er bald auf Flohmärkten für Flugzeuge Ausschau nach einem kleineren, gebrauchten Flugzeug halten müssen? Nicht auszudenken. Fritz Brehm, Frankfurt

Mit zweierlei Maß

OB Feldmann: Erwiderung auf „Überall Heuchelei“, FR-Forum v. 23.7.

Beim Lesen der Zuschrift von Friedhilde Scholl ist mir wieder aufgefallen, wie mit zweierlei Maß gemessen wird: Nach monatelanger Dauerberichterstattung, auch wenn es kaum was Neues zu berichten gab, sollen die Wählerinnen und Wähler nach dem Willen des Stadtrates darüber entscheiden, wann der OB Feldmann gehen muss. Der Unterschied von wenigen Wochen kostet 1,6 Millionen Euro€, für die natürlich der OB auch verantwortlich sein soll, obwohl die Ratsmitglieder es entschieden haben. Vielleicht muss er auch für die Kosten der Parteien geradestehen. Von der Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung ganz zu schweigen.

Ganz anders, wenn es um die hessische Landespolitik geht. Keine permanenten Rücktrittsaufforderungen an den hessischen Innenminister. Über das Versagen bei den Hanauer Morden und über das Versagen bei der Aufklärung der Skandale bei der Polizei und Verfassungsschutz wird zwar berichtet. Der verantwortliche Minister wird nicht permanent zum Amtsrücktritt aufgefordert.

Die Staatsanwaltschaft klagt den OB noch vor der Kommunalwahl an und lässt sich dann ein dutzend Monate Zeit, um die Klage einzureichen. Bei den Skandalen der hessischen Innenpolitik bleibt die Staatsanwaltschaft auffallend zurückhaltend. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Jörg Kramer, Uelzen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Netz. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220802

Die Spiele der Römer

Boris Johnson: „Eine letzte Provokation“, FR-Politik vom 21. Juli

Breitest ausgewalzt wird das Fehlverhalten des Boris Johnson (Bier und Sex) und die Hängepartie um seinen Rücktritt. Die Tagesschau widmet diesem Vorgang fast zehn Minuten.

Was bedeutet das für den Normalleser? Nur Unterhaltung und scheinbar wichtige Fakten. Dabei ist es eigentlich egal, ob die Neoliberalen Theresa May, Margret Thatcher oder eben Boris Johnson da hinstellen. Die kleinen Leute werden veräppelt, und über die wahren Machenschaften wie zum Beispiel die Korruption um den Brexit wird wenig berichtet. Das ist die Neuaufgabe der Spiele der Römer.

Harald Braun, Groß-Gerau

Ähnlich wie damals in der Mövenpick-Affäre

Christian Lindner: „Wie es gelingen kann“ und „Baustellen des neuen VW-Chefs“, FR-Meinung vom 20. und 25. Juli

Im Fall des FDP-Bundesvorsitzenden und Noch-Bundesfinanzminister Christian Lindner kann man sich des Eindrucks von spätrömischer Dekadenz nicht entziehen. Wie der Porsche-Lindner-Skandal deutlich zeigt, hält sich Lindner weder an Absprachen der Ampel-Koalitionspartner noch an die Verschwiegenheit während der Koalitionsverhandlungen noch an den Koalitionsvertrag. Hier darf an die Mövenpick-Affäre erinnert werden: Umsatzsteuererleichterungen für die Hotelbranche nach einer entsprechenden Spende an die FDP. Ergebnis: Erstmals seit 1949 flog die FDP verdient aus dem Bundestag.

Recht hat der Paritätische Gesamtverband, dass seitens der Bundesregierung ein weiteres Hilfspaket zum 1.1.2023 zu spät kommt. Es wird eine sofortige Reaktion angemahnt. Eine sofortige und unbürokratische Erhöhung der Grundsicherung um

200 Euro monatlich zur Sicherung des absoluten Existenzminimums scheint angemessen. Um auf die reale Not der Bürger/innen richtig zu reagieren, sollte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) endlich von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Denn die Preise reißen bereits jetzt große Löcher in die privaten Haushalte. Soziale und steuerliche Gerechtigkeit muss man „in der täglichen Praxis“ vorleben. Es darf nicht bei Wahlversprechen bleiben. Gerade wie unsere Gesellschaft mit den Leistungsschwächsten umgeht, sagt sehr viel über unsere Gesellschaft und die Politiker/innen aus.

Im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz sollte Scholz Lindner anweisen, sich rechtsstaatlich einwandfrei zu verhalten und das Urteil des Verfassungsgerichts, dass Kapitalerträge mit dem persönlichen Einkommensteuersatz statt mit 25 mit bis zu 42 Prozent ab sofort zu versteu-

ern sind, mittels eines Gesetzentwurfes kurzfristig der Bundesregierung und dem Bundestag vorzulegen. Dies führt zu erheblichen Mehreinnahmen für die Haushalte der nächsten Jahre.

Fazit: Christian Lindner ist ein unseriöser Vertragspartner. Wer sich in seinem Ressort in „Arbeitsverweigerung“ übt, der verstößt sehenden Auges gegen den geleisteten Amtseid!

Vor der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998 unter Gerhard Schröder (SPD) betrug der Höchstsatz übrigens 49 Prozent, zu dem „Einkommen aus Kapitalerträgen“ besteuert wurden. Und in quälend langen 16 Regierungsjahren Helmut Kohls (CDU) wurde dieser Höchstsatz – mit der FDP! – niemals ermäßigt. Es besteht seitens Lindners keinerlei Grund, auf die Schuldenbremse zu verweisen, wenn er seinem Amtseid endlich nachkommen würde.

Klaus Jürgen Lewin, Bremen

Ärmstes Land der Welt wurde arm gemacht

Haiti: „Ein Staat, der keiner mehr ist“ in der FR-Reihe „Hingeschaut: Im Schatten des Krieges“, FR-Magazin vom 28. Juli

Es ist anerkennenswert, dass Klaus Ehringfeld den Blick auf Haiti richtet. Im geschichtlichen Rückblick sagt er, dass Haiti – die Perle der Karibik – die einträglichste Kolonie Frankreichs war und dass der Reichtum auf der gnadenlosen Ausbeutung von Sklaven beruhte, die sich 1804 befreiten. Ich möchte die Geschichte weiter erzählen:

Nach der Befreiung blockierte Frankreich fast 20 Jahre die haitianischen Häfen und gab sie erst frei, als die haitianische Regierung sich bereit erklärte, 90 Millionen Gold-Franc als Entschädigung für ehemalige Plantagenbesitzer zu zahlen. Die Zahlungen dauerten bis ins 20. Jahrhundert und betrug zeitweise über 90 Prozent des Staatshaushalts! 1915 wurde Haiti 19 Jahre von den USA

besetzt, danach bestimmten die USA weitgehend die Politik Haitis. Ein Beispiel ist mit dem Namen Aristide verbunden.

Am 12.1.2010 erschütterte ein Erdbeben die Insel. In 37 Sekunden starben etwa 300 000 Menschen. UNO-Soldaten sollten helfen; sie leiteten Toilettenabwässer aus dem Lager in einen Fluss, dem flussabwärts Menschen eines Slums Trinkwasser entnahmen. Eine Choleraepidemie verbreitete sich in den Slums, wo es weder Wasserleitung noch Kanäle gibt. 800 000 erkrankten.

Bill Clinton sollte nach dem Erdbeben den Wiederaufbau durch die USA koordinieren. Er veranlasste den Bau von Textilfabriken in einem Gebiet, wo es keine Schäden durch das Erdbe-

ben gab; das Gebiet wurde zur Sonderwirtschaftszone erklärt, in dem die ohnehin geringen Löhne Haitis nicht galten. Die Leitung wurde Textilunternehmen aus Bangladesch übertragen. Bangladesch ist ja für besonders humane Arbeitsbedingungen in Textilfabriken bekannt, oder? Später hat Clinton öffentlich zugegeben, dass dies ein Fehler war.

Diese Umstände haben stark dazu beigetragen, dass sich in Haiti keine Zivilgesellschaft und keine Demokratie entwickeln konnte. In der Hauptstadt herrscht Überlebenskampf nach dem Faustrecht. Heute wird Haiti alleingelassen: Es ist nichts mehr zu holen. Haiti ist das ärmste Land der westlichen Welt. Es wurde arm gemacht.

Herbert Kaefel, Schleiden-Gemünd

Erdoğan's böses Spiel

Zu: „Osmanische Träume“, FR-Politik vom 13. Juli

In grauer Vorzeit erregte ein weißer Stier an den Gestaden Kleinasien die Neugier der Sultans-töchter Ayshe. Sie sprang auf seinen Rücken, ab ging's übers Meer nach Kreta, wo sich der Stier in einen wunderschönen Gott verwandelte, und sie zeugten dort viele schöne Söhne. Später wurde der Kontinent nach ihr benannt. Wie bitte, stimmt nicht? Etwas war anders?

Man staunt über die abgedrehten, feuchten Träume türkischer Nationalisten, die selbst einen Putin in den Schatten stellen, was Geschichtsverfälschung angeht. Wer Kretas Geschichte und Kultur kennt, wer Kreterinnen und Kretern kennengelernt hat, weiß, dass hier nicht nur die Wiege Europas ist, sondern auch, wie unverbrüchlich sich die Kreter:innen immer Griechenland

zugehörig gefühlt haben, auch wenn das politisch erst 1913 erfüllt wurde. 1669 bis 1889 wurde die Insel vom Osmanischen Reich besetzt und regiert, die Einwohner ausgebeutet und bei Aufstandsversuchen massakriert, aber das ist nun wahrlich kein Grund, diese kulturhistorisch wichtigste Insel Europas als Besitz der Türkei zu reklamieren. Dass Erdoğan dazu schweigt, ist bezeichnend für das böse Spiel, dass er vor den Wahlen mit Griechenland spielt. Umso bedauerlicher, dass dieser Nato-Partner nicht nur in Zeiten wie diesen viel zu sehr hofiert wird. Das Beispiel Putin lehrt, dass solche skrupellosen Politiker sich dadurch nur ermutigt fühlen. Irigendwann heißt es dann wieder: Das hätte man wissen können ... Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

Aus Sicht der Indigenen

Zu: „Afrikas eigener Weg“, FR-Panorama vom 27. Juli

Ich bin der FR sehr dankbar, dass sie regelmäßig dem afrikanischen Kontinent bzw. ihrem Korrespondenten Johannes Dieterich erheblichen Platz gönnt – und zwar eben nicht, wie in den meisten anderen Medien üblich, aus Sicht der Touristen, sondern der von Indigenen. Respekt ist angesagt! Die Informationen von J.D. und Kaddu Sebunja von der African Wildlife Foundation über die Untaten der Kolonialisten an den dort lebenden Menschen und ihren Lebensräumen sind beschämend; die Initiative zum ersten „African Protected Areas Congress“ großartig. Ich wünsche diesen Bemühungen Erfolg auf allen Ebenen! Elena Ezeani, Bremen